

Politische Bildung als Aufgabe gewerkschaftlicher Bildungsarbeit¹

1. Vorbemerkung

Wenn wir heute über politische Bildung diskutieren, dann tun wir das vor dem Hintergrund einer Entwicklung, die scharfsichtige BeobachterInnen als massive Depolitisierung beschreiben. Ich möchte an dieser Stelle die amerikanische Schriftstellerin und Trägerin des Friedenspreises des deutschen Buchhandels Susan Sontag zitieren. Sie spricht von einer „drastischen Depolitisierung“ seit dem „Ende des Kalten Krieges“ und dem „Sieg der Kapitalistischen Revolution“, ich würde sagen der Neoliberalen Revolution. Davon, dass wir nach dem Scheitern der Linken und dem Ende der großen Utopien „in einer Zeit eines fast verpflichtenden Zynismus als Verteidigung gegen die vorweggenommene Wahrscheinlichkeit der Desillusionierung“ leben, in der die Welt (über die Medien) „zu den meisten Leuten in Form eines Spektakels und als vielfache kontinuierliche Bilderströme kommt“. Sie sehen, dass von Seiten der Politik keine wirklich verändernden Projekte begonnen werden und sie sagen dann „mein Gott wie furchtbar“ und „wechseln den Sender“. Alle diese Zitate stammen aus dem Januar 1996 (Sontag 1996). Norman Birnbaum hat die Kritik in bezug auf die Medien, die Politik nur noch personalisieren und ihre prozedurale Seite ausleuchten (nach dem Motto: Setzt der Kanzler die Agenda 2010 durch oder nicht?) im letzten Jahr noch schärfer pointiert: „ Die in der Politik stattfindende Trivialisierung und Personalisierung dient einem ganz spezifischen Ziel: Der Darstellung einer nicht enden wollenden und unveränderlichen Gegenwart, in der der bloße Gedanke an Veränderung gottlos oder verrückt ist.“ (Birnbaum 2003,11)

Wenn ich in das Thema gewerkschaftliche Bildungsarbeit und politische Bildung einsteige, habe ich so zwei Ausgangspunkte. Zum einen: Die Verhältnisse sind in bezug auf das Thema politische Bildung heutzutage wahrlich andere, als sie es Zu Anfang der 1970er Jahre einmal waren, als ich selbst praktisch begonnen habe politische Bildungsarbeit zu betreiben. Zum anderen: Die IG Metall diskutiert das Thema der politischen Bildung derzeit im Kontext ihrer Anstrengungen, sich auf diese Gründlich veränderte Lage einzustellen. Die Stichworte zu diesen gesellschaftlichen Veränderungen sind rasch aufgezählt:

¹Der Text basiert auf einem Vortrag, den ich im Februar 2004 in der IG-Metall-Bildungsstätte Sprockhövel auf einem Workshop zum Thema „Das Politische (in) der Politischen Bildung“ gehalten habe. Die verschriftete Fassung wurde veröffentlicht in: Wolf Jürgen Röder/ Klaus Dörre (Hg.): Das Politische an (in) der politischen Bildung, Essen 2006.

- Wir haben das Ende der großen Utopien und alten Ideologien erlebt.
- Wir sehen uns einem vorläufigen Sieg der neoliberalen Revolution und eines „neoliberalen Einheitsdenkens“ als neuer Ideologie gegenüber.
- Die vorgebliche Individualisierung im Modus des „Arbeitskraftunternehmertums“, jedenfalls aber die Erosion der alten Institutionen prägt unsere Gegenwart.
- Wir sollen unser „Leben auf eigene Rechnung“, vor allem als Leistungsträger, dann aber auch als eifrige Konsumenten und Freizeitgestalter führen.
- Wir erleben massive Depolitisierungsprozesse (Parteienverdrossenheit) vor diesem Hintergrund, die durch unsere Medienlandschaft noch verstärkt werden.
- Es gibt so etwas wie einen Substanzverlust politischer Institutionen zugunsten von Expertenkommissionen (von Hartz bis zu Rührop) und oberflächlichen Talkshow-Debatten.

Die IG Metall arbeitet vor diesem Hintergrund an einer Reform ihrer Bildungsarbeit unter der Überschrift *„Kompetenzentwicklung und Modularisierung“* (IG Metall 2002), und daran entzündeten sich im letzten Jahr einige Kontroversen, wenn ich das von außen richtig wahrgenommen habe. Diese Kontroversen wurden dann vor dem Gewerkschaftstag 2003 durch die heillose Führungskrise der IG Metall noch überlagert, die auf ihre Weise noch einmal unterstrichen hat, dass die Gewerkschaften sich in einer Krise befinden. Das Projekt „Kompetenzentwicklung und Modularisierung“ beansprucht in meiner Wahrnehmung v.a. auf zwei Entwicklungen zu reagieren: (1) die Modularisierung soll einer „schlagseitigen“ Nutzung der zentralen Bildungsstätten durch relativ wenige Verwaltungsstellen und Großbetriebe entgegenwirken; (2) das Kompetenzkonzept soll das Bildungsangebot an den Erwartungen einer veränderten und sich weiter verändernden Mitgliedschaft ausrichten. Bestimmter neuere Diskussionen in der Erwachsenenbildungspädagogik werden dabei berücksichtigt.

Die Kritiker des Projekts zur Reform der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, bringen, wenn ich das richtig sehe, vor allem die folgenden Sorgen und Argumente zur Geltung:

- (1) Die Modularisierung richte sich (gewollt oder nicht) gegen die politische Grundlagenbildung der IG Metall.
- (2) Sie sei damit geeignet, die Bildungsarbeit zu entpolitisieren – und dies in einer Zeit, in der der politische Charakter gewerkschaftlichen Handelns ohnehin immer mehr gefährdet ist.
- (3) Sie zäume das Pferd außerdem gewissermaßen vom Schwanz her auf, denn zunächst einmal müsste man sich vergewissern, was eigentlich in

den Regionen an Bildungsarbeit geschieht. Die deckten immerhin 2/3 des Bildungsvolumens der IG Metall ab und hier müssten die neuen Module ja anschließen.

Ich kann mich aus meiner Außensicht im folgenden sinnvoll allein mit der Frage befassen, ob nach meiner Auffassung die Richtung stimmt, ob also Kompetenzentwicklung und Modularisierung die richtigen Ansatzpunkte treffen, um ein Empowerment der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu erreichen. Ich will dazu im Laufe meiner Argumentation immer auch meine Kriterien offen legen. Ich will aber damit beginnen, die allgemeinen gesellschaftspolitischen Umbrüche in ihren Wirkungen auf die Gewerkschaften zu skizzieren, auf die Weiterentwicklungen der Bildungsarbeit ja auch reagieren müssen.

2. Den Gewerkschaften bläst der Wind ins Gesicht

„Unerbittlich vollzieht sich der Niedergang der deutschen Gewerkschaften“, beginnt ein Aufsatz von Anke Hassel in der jüngsten Nummer der GMH (Hassel 2003). Man muss die neoinstitutionalistisch geprägten Konzepte von W. Streeck und seinen SchülerInnen nicht teilen², aber dass ihre ungeschminkten Ist-Analysen zunächst einmal durchaus den „wunden Punkt“ treffen, kann man kaum bestreiten. Wenn man angesichts einer ungebrochenen Dominanz neoliberaler ökonomischer Modernisierungskonzepte

- (1) die Mitgliederverluste der vergangenen 15 Jahre, die sich auch im Jahre 2003 fortgesetzt haben, auf das kommende Jahrzehnt hoch rechnet,
- (2) die in den sechziger Jahren stehen gebliebene Mitgliederstruktur hinzunimmt,
- (3) die Erosion der „klassischen“ engen Bindung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Rechnung stellt,
- (4) die Defensive berücksichtigt, in der sich die Gewerkschaften arbeitspolitisch befinden, sich dabei
- (5) die inzwischen massiven Auseinandersetzungen um den Umbau des Sozialstaates vor Augen führt und schließlich
- (6) auch noch im Blick behält, dass der Weg zu den „nachhaltig vernetzten Gewerkschaften“ (Arlt 2003) der Zukunft, die die zunehmend ausdifferenzierten Interessen der ArbeitnehmerInnen in einer postindustriellen Arbeitsgesellschaft zusammenzuführen vermögen, weit und schwierig ist,

²Ich nehme für mich ganz im Gegenteil in Anspruch, ihr scharfer Kritiker zu sein. Vgl. dazu Martens 1999 und Martens 2002a.

- (7) dass die Erfahrungen der OE-Prozesse der 1990er Jahre auf diesem Weg nicht gerade ermutigend waren
- (8) und dass die Nachhaltigkeit laufender oder gerade in ihrer Projektphase abgeschlossener Modellprojekte - wie z.B. das IT-Netzwerk Rhein-Main oder das Siemensprojekt der IG Metall connexx-av oder das Call Center Projekt bei ver.di - sich erst noch erweisen muss,³

dann wird man den eingangs von Anke Hassels zitierten Satz jedenfalls nicht so einfach bei Seite schieben.

In einer solchen Lage, die bei allen Erfolgen in der Defensive, die ich nicht bestreite, durch Schwäche der Gewerkschaften gekennzeichnet ist, fordern maßgebliche Konservative, wie Friedrich März, die „Entmachtung“ der Gewerkschaften. Das hat gegenüber den gewohnten Angriffen auf die Gewerkschaften von konservativen Politikern, einem großen Teil der Medien und natürlich auch den Unternehmern – allen voran ihr „Kampfschwätzer“ (taz) Olaf Henkel - eine neue Qualität: Die Demontage solidarischer sozialstaatlicher Strukturen ist im Gange. Die Mobilisierungsschwäche der Gewerkschaften ist nicht zu übersehen. Aber sie werden als immer noch zu mächtige Blockierer angeblich notwendiger Modernisierungen hingestellt. Dem alten Konsensmodell wird zunehmend der Boden entzogen. Nach dem Angriff auf den Sozialstaat wird der auf die Mitbestimmung folgen.

Selbst eher wohlwollende „Modernisierer“ stellen sich die Zivilgesellschaft zunehmend ohne bzw. mit „schwindenden“ Gewerkschaften vor.⁴ Die kleiner gewordene Zahl der Intellektuellen, die den Gewerkschaften nahe stehen, muss dies besorgt machen. Man muss sich die Frage stellen, ob die erwähnten Angriffe auf die Gewerkschaften sich nicht in eine autoritäre deutsche Tradition einreihen, wenn sie sehr bewusst eine der tragenden Kräfte der Durchsetzung und Entfaltung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit in diesem Lande schleifen wollen.⁵

Meine allgemeine Vermutung zu einer solchen Lagebeschreibung lautet: In solchen Phasen ist ein „weiter so“ – gewissermaßen den Kopf zwischen den Schultern einziehend, tapfer gegen den heftiger werdenden Gegenwind ange-

³Zu ein einigen dieser neueren gewerkschaftlichen Modellprojekte vgl. Martens 2003.

⁴Ich denke dabei insbesondere an den Diskurs über die reflexive Moderne (vgl. Beck u.a. 1996, Beck u.a. 2001). Seine Protagonisten richten ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die neuen individuellen und kollektiven Akteure der Zivil- oder Bürgergesellschaft und wenden den überkommenen Institutionen der Arbeit wenig Aufmerksamkeit zu.

⁵Vgl. in kritischer Erwidern auf solche Angriffe das Positionspapier „Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft“ des Forums Zukunft der Otto Brenner Stiftung (Forum Zukunft 2003).

hend und dabei auf den ‚Kompass‘ alter Orientierungen und vermeintlicher Gewissheiten vertrauend - fatal. Ein „Umsteuern“ – also die Überprüfung, z.T. Infragestellung des Gewohnten, die experimentelle Erprobung von Neuem (Stichwort: lernende Organisation⁶) und – unausweichlich – gleichzeitig in den tagespolitischen Auseinandersetzungen die selbstbewusste Besetzung von Positionen – ist auf der anderen Seite risikoreich und besonders schwer.

Dabei ist die systematische Entwicklung von Lernprozessen im Umgang mit ArbeitnehmerInnen,

- die zunehmend nicht mehr aus klassischen gewerkschaftlichen Milieus kommen,
- die Gewerkschaften immer mehr als sachlich - professionellen politischen Dienstleister erwarten, wobei man das Attribut politisch fast einklammern muss,
- die zunehmend, auch in klassischen Industriebetrieben, gewohnt sind mit einer erweiterten sozialen und fachlichen Kompetenz in Teams zu arbeiten,
- die schon von daher die eigene aktive Lösungssuche gewohnt sind und wissen, dass Probleme meist nicht mit einfachen, womöglich alten und bekannten Antworten zu lösen sind,
- die, wenn man sie für gewerkschaftliche Arbeit interessieren kann, offen sind für Beteiligungsangebote

nicht nur eine Herausforderung für die oben genannten Modellprojekte sondern sicherlich auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die sich an eine breitere Klientel wendet. Sie steht vor der Herausforderung, auf der einen Seite ein wichtiger Transporteur akkumulierten gewerkschaftlichen Wissens zu sein und sie muss sich zugleich als Reflexionsinstanz in bezug auf sich immer wieder, und derzeit besonders tiefgreifend, verändernde Bedingungen gewerkschaftlichen Handelns bewähren.

3. Die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit: „Gralshüter“ akkumulierter Wissensbestände und/oder Reflexionsinstanz in bezug auf sich immer wieder ändernde Bedingungen

Was ich bis jetzt ausgeführt habe, ist meine Sicht auf den Rahmen innerhalb dessen die IG Metall über eine Reform ihrer Bildungsarbeit diskutiert – schon der Begriff der Reform ist in der heutigen Zeit, in der die Politik allein mit restri-

⁶Vgl. die Beiträge von H. Espkamp und H. Martens auf dem Hattinger Forum im September 200: www.uni-oldenburg.de-hattingen.

tiven Reformen glänzt, schwierig.⁷ Ich habe diesen Rahmen eben aus dem Grunde skizziert, weil er nach meiner Überzeugung von eminenter Bedeutung ist - sowohl für die Art und Weise, wie die IG Metall diesen Prozess intern kommuniziert und betreibt, als auch für die Art und Weise, wie Personen wie ich ihn von Außen her beobachten. Es geht nämlich immer und vor allem auch darum, wie sich die Bildungsarbeit der IG Metall diesen sich in der Gesellschaft vollziehenden Prozessen stellt: Wo muss sie akkumuliertes Organisationswissen bewahren und an die nächste Generation von Funktionären weitergeben, wo muss sie sich als Reflexionsinstanz in Bezug auf den Umgang mit veränderten „Organisationsumwelten“ neu bewähren, wo kann sie dabei auf bewährte alte Arbeitsformen zurückgreifen, wo muss sie neue entwickeln? Wo muss sie sich auf interne Selbstverständigungsprozesse konzentrieren und wo könnte sie möglicherweise aus diesen heraus Impulse liefern, die in bestimmte gesellschaftliche Teilöffentlichkeiten hinein wirken? Um diese Bezüge noch einmal zu verdeutlichen nur einige Stichpunkte:

- (1) Wenn großbetriebliche Strukturen mit dem Ende des Fordismus an Bedeutung verlieren, muss man die Teilnehmerstruktur an den Schulen der IG Metall dann nicht etwas anders diskutieren, als wenn dies nicht der Fall wäre?
- (2) Wenn beteiligungsorientierte Betriebspolitik eine richtige Antwort auf die Veränderungen von Arbeit ist (flache Hierarchien, Teams, Entgrenzung von Arbeit, Arbeiten ohne Ende usw.), muss die Bildungsarbeit dann nicht entsprechende Anstrengungen um projektförmige Formen der Betriebsratsarbeit unterstützen, indem sie sich selbst innovativ weiterentwickelt, vor Ort aktiv wird und selbst neu lernt?
- (3) Wenn die ehrenamtlichen Funktionäre der IG Metall aus einem gewichtiger werdenden Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen sich schwer damit tun, ein- oder gar mehrwöchige Seminare zu besuchen, müssen die Schulen dann nicht auch das Angebot für sie weiterentwickeln?
- (4) Wenn die Umbrüche in der überkommenen fordistischen Arbeitswelt wirklich so tiefgreifend sind, wie neuere sozialwissenschaftliche Analysen nahe legen⁸, wenn wir uns also in einer Umbruchphase befinden die am ehesten mit der zweiten industriellen Revolution vergleichbar ist, gibt es dann nicht neue Orientierungsbedarfe in einem so in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gekannten Maße – und damit möglicherweise auch mit Konsequenzen dafür, was gewerkschaftliche Bildungsarbeit heute wie vermitteln sollte?

⁷Für das Reformgerede der großen Politik (kritisch im Rückblick auf 2003, Müller 2003 und Martens 2004) wurde der m.E. zutreffende Begriff der restriktiven Reformen vorgeschlagen.

⁸Vgl. Hutton/Giddens 2001, Martens u.a. 2001, Scholz u.a. 2004,

- (5) Wie findet z.B. vor diesem Hintergrund der von der Politik forcierte Prozess der Erosion alter solidarischer Strukturen des Sozialstaates in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit seinen Niederschlag – und könnte die IG Metall nicht auch aus ihrer Bildungsarbeit heraus in die Gesellschaft zurückwirken?

Ich habe oben angedeutet, dass ich selbst praktische Erfahrungen mit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit habe, die weit zurück, vor allem in den 1970er Jahren, liegen. Das ist lange her, liefert mir aber doch eine nützliche Vergleichsfolie. Das waren auch bewegte, aber im Vergleich zu heute doch eher ruhige Zeiten. Die IG Metall entwickelte damals nach der Bildungsobleutezeit und vor dem Hintergrund von Septemberstreiks und verschärften tarifpolitischen Konflikten zu Beginn der 1970er Jahre jenes Stufenprogramm, um dessen Veränderung durch ein modularisiertes Konzept es heute geht. Auch damals gab es eine heftige Kontroverse, in der der „Deutungsmusteransatz“ – verknüpft mit dem Anspruch den ehrenamtlichen Funktionären die richtigen Orientierungen und das notwendige Grundlagenwissen zu vermitteln - dem in der Bildungsobleutezeit propagierten „Erfahrungsansatz“ gegenübergestellt wurde. Verbunden damit war, dass nicht wenige „Streikkader“ aus den Septemberstreiks in der örtlichen Bildungsarbeit „kaltgestellt“ wurden. Ich zitiere hier zur Illustration den sehr viel später formulierten Rückblick eines hiervon betroffenen Betriebsratsmitglieds aus der Stahlindustrie mit drei Aussagen:

(1) in bezug auf die Phase der Bildungsobleutezeit: „Der Teamer sagte: ‚Denken lernen müsst ihr‘. Aber es war eine Strapaze. Es wurde uns nichts geschenkt. Ich weiß noch, ich war mit drei Kollegen in einer Gruppe. Ich saß da noch um halb drei in der Nacht mit denen zusammen, und wir stritten uns stundenlang um ein einziges Wort, ob wir denn in unsere Arbeit das Wort Arbeiterklasse reinschreiben durften. Das war unser Thema.“

(2) diese Phase rückblickend bilanzierend: „Ich will noch mal sagen, was die Bildungsobleutearbeit damals ausmachte. Karl hat immer gesagt, ‚ihr müsst das System kennen lernen‘. Wir haben also einen Konflikt in dem Betrieb aufgezeigt und sind immer zu dem Thema gekommen: Warum ist es so. und wenn es so ist, was sind die Ursachen, was sind die Quellen, wo müssen wir die ändern und so weiter. Und das Ziel war es, das Funktionieren dieses Systems, in dem wir leben, kennen zu lernen, zu studieren, wenn man so will, bis in den Kern hinein, oh-

ne dass wir uns bei Nebensächlichkeiten aufhalten. So habe ich das begriffen. Und an den Kern kommt man erst ran, wenn man weiß, worüber man spricht, dann kann man sich darauf einstellen, wie man dem begegnen kann.“

(3) schließlich im Blick auf die daran anschließende Phase: „ Und später, nachdem die IG Metall die Bildungsobleutearbeit gekippt hatte – die Bildungsarbeit ging ja weiter , nur sie erhielt eine andere Qualität und andere Leute –, habe ich auch Arbeiten in Gruppen gesehen. Da kann ich nur sagen, es war schlimmer Wortradikalismus, und es war dieser Ansatz nicht mehr zu erkennen, mit wenigen Ausnahmen. So dass im Grunde genommen es aufgegeben wurde, etwas in der Tiefe den Menschen, den arbeitenden Menschen zu vermitteln über die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, und wie sie verändert werden können.“

Ich will aber nicht nur diesen Kollegen, sozusagen für mich, sprechen lassen, sondern meine eigene Schlussfolgerung formulieren, in die dann auch meine eigenen Bildungsarbeitserfahrungen einfließen. Die habe ich damals u.a. in einem heute nicht mehr existierenden großen integrierten Hüttenwerk gemacht, und was dort als betriebsnahe Bildungsarbeit firmierte, entsprach gerade nicht mehr dem in dem zweiten Zitat formulierten Anspruch.⁹ Meine allgemeine Schlussfolgerung ist im Übrigen aber selbstredend auch durch andere eigene Lernprozesse bestimmt, die nicht zuletzt mein Wissenschaftsverständnis betreffen. Ich gliedere sie hier in drei Punkte:

- (1) Gewerkschaftliche Bildungsarbeit kann, wie politische Bildungsarbeit allgemein, nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn sie möglichst nah an und in Bezug auf die Erfahrungen der BildungsteilnehmerInnen in ihrem Arbeits- und Lebensmittelpunkt ansetzt, sie als Laien-Experten und ihre wirklichen Erfahrungen ernst nimmt und gemeinsam, mit ihnen darauf bezogen politische Handlungsoptionen reflektiert. Das deckt sich mit einigem, was Karsten Rudolf (2002) unlängst zum Thema „politische Bildung“ unter Stichworten wie „Aktualität“, „Bürgerorientierung“, „zu ermit-

⁹Einige Erfahrungen aus dieser Zeit habe ich im Zuge des Projekts "Wandel der Arbeit in der Stahlindustrie und Betriebsratshandeln", durchgeführt vom Zweigbüro der IG Metall in Kooperation mit der sfs, noch einmal rückblickend reflektieren können. Sie finden sich in Martens 2002,231ff.)

telnde Teilnehmerinteressen“ an Stelle von „missionarischem Eifer“ geschrieben hat.¹⁰

- (2) Natürlich soll gewerkschaftliche Bildungsarbeit immer auch dazu dienen, die aus Erfahrung gewonnenen, aber praktisch eben auch immer neu zu bewährenden und deshalb mit den heutigen Erfahrungen der Teilnehmenden zu vermittelnden, politischen Überzeugungen der Gewerkschaften zu transportieren. Aber wenn hier schon vor dreißig Jahren falsch war, vorgeblich „falsches Bewusstsein“ im Lichte besserer vermeintlich wissenschaftlicher Einsichten zu „bekehren“, so gilt heute um so mehr: In der wissenschaftlichen Diskussion wird inzwischen mit guten Gründen bestritten, dass Wissenschaftliche Einsichten von vorneherein höhere Weihen der Wahrheitsfindung haben. Die Wissenschaften haben einen spezifischen Zugang, der sich von anderen unterscheidet. Er ist systematischer und er mag privilegiert sein. Aber über Wahrheiten, oder über das was als wahr gelten, unsere Wirklichkeit zukünftig prägen und verändern soll, entscheiden wir in demokratischen Gesellschaften im politischen Prozess. Um so schlimmer ist es, wenn der sich in einem so beklagenswerten Zustand befindet, wie einleitend skizziert. In diesen Prozess fließen wissenschaftliche Erkenntnisse ebenso ein, wie die Erfahrungen der Menschen die nicht als Wissenschaftler arbeiten - im übrigen aber mehr denn je mehr oder weniger wissenschaftlich geschult sind und auch deshalb vorgefertigten Botschaften mit größerer Skepsis begegnen.
- (3) Wenn überdies halbwegs zutreffend ist, was ich oben zu den gegenwärtigen Umbruchsprozessen gesagt habe, dann wird es gerade dort, wo es um Orientierungswissen geht, das sich selbstverständlich auch aus tradierten und reflektierten Erfahrungen speist, wichtig, die richtigen neuen Fragen zu stellen. Ein solcher Diskurs findet, wie ich mit anderen zusammen in den „Spandauer Fragen zur Politik der Arbeit in einer neuen Zeit“ formuliert habe (Scholz u.a. 2004, www.forum-neue-politik-der-arbeit.de) derzeit „vollkommen unzureichend und im Selbstverständnis der jeweiligen *in group* mit ihren lieb gewordenen Wahrheiten statt. Diese selbst gezogenen politischen und intellektuellen Grenzen müssen überwunden werden. Dazu gehört auch, dass eine diesen Diskurs flankierende und beständig weiter entwickelnde Forschung stattfindet. Vor diesem

¹⁰Rudolf spricht in diesem Zusammenhang vom „Aufbruch politischer Bildung zu den Menschen“ und einem „Verständnis der politischen Bildner als Ansprechpartner in Sachen Demokratie vor Ort.“ Dies sei sinnbildlich zu verstehen und bedeute, „dass politische Bildungsarbeit als ein ständiger Prozess mit den Bürgern als Bildungspartnern an ihrem Lebensmittelpunkt stattfindet und ei Bildungsanbieter in diesem Feld ständig präsent sein muss.“ (Rudolf 2002, 49)

Hintergrund können und müssen die Gewerkschaften aus ihren eigenen Erfahrungen und im Dialog mit engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern solidarische Antworten auf die gegenwärtigen Probleme entwickeln, durch die sie die Interessen der abhängig Arbeitenden in all ihren Formen wieder zu einem wirksamen gesellschaftspolitischen Faktor machen und dadurch dem neoliberalen Einheitsdenken eine seiner entscheidenden Grundlagen entziehen könnten. Sie besteht in der weit verbreiteten Überzeugung, dass es keine gesellschaftspolitischen Alternativen mehr gebe. In diesem Sinne rufen die die „Spandauer Fragen“ zu einem breiten Diskussionsprozess auf, der mehr auf Nachdenklichkeit und weniger auf schnelle Antworten zielt und den die Beteiligten in Berlin, Dortmund und Brandenburg und anderen Regionen weiter bearbeiten werden. Weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind gesucht und erwünscht.“ (Glawe u.a. 2003, 9f)¹¹

4. Ein Zeitgemäßes Konzept politischer Bildung für die neuen individuellen zivilgesellschaftlichen Subjekte

Wir leben heute, so könnte man an die zuletzt getroffenen Ausführungen anschließen, in der Zeit eines „Epochenbruchs“ nach dem Fordismus¹². Alte vermeintliche Gewissheiten werden zunehmend in Frage gestellt.¹³ Die Zentralität von Arbeit

- als alltägliche Tätigkeit von Einzelmenschen,
 - als notwendige Leistungserbringung in sozialen Gruppen und auch
 - als wirkmächtiger Fokus gesellschaftlicher Organisation
- steht nach wie vor überhaupt nicht in Frage. Sie wird aber, was ihre öffentliche Wahrnehmung und die darauf bezogene Politik betrifft, zunehmend diffus.¹⁴

Dafür sorgt das Dauerfeuer entsprechender Diskurse über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ der letzten zehn Jahre, an denen sich die Sozialwissenschaft immer heftig beteiligt hat. Und dafür sorgen die vielfältigen Etikettierungen un-

¹¹Die „Spandauer Fragen“ finden sich im Internet unter www.forum-neue-politik-der-arbeit.de.

¹²Vgl. hierzu u.a. das „Jahrbuch Arbeit-Bildung-Kultur“ Band 19/20 mit dem Themenschwerpunkt: Neuer Kapitalismus, nachfordistisches Produktionsmodell? Analysen, Kontroversen, arbeitspolitische Schlussfolgerungen (FIAB 2002) sowie Dörre, K. (2003) sowie Martens u.a. (2001) .

¹³Vgl. zum folgenden auch Peter (2004):

¹⁴Vgl. dazu exemplarisch den von Dirk Baecker (2001) herausgegebenen Sammelband zu einer „Archäologie der Arbeit“, kritisch rezensiert von F. O. Wolf 2003.

serer Gesellschaft, die seither im Umlauf sind, von der „Risikogesellschaft“ bis zur „Informations-“, oder „Wissensgesellschaft“. Die vielfachen Institutionen der Arbeit werden in ihren zentralen Funktionen gesellschaftlich nicht mehr als solche wahrgenommen, akzeptiert und bekommen das zu spüren.

Kaum jemand beschäftigt sich noch mit einer grundlegenden Reflexion über Arbeit, wie es der greise Georg Lukács (1973) noch mit seiner Ontologie Arbeit in den sechziger Jahren getan hat. Die Arbeit galt ihm als Modell des gesellschaftlichen Seins, das es aufzuhellen gilt. Auch eine andere Autorin, die sich sehr grundlegend und kritisch mit dem Marxschen Arbeitsbegriff auseinandergesetzt hat, nämlich Hannah Arendt, wird auf dem von ihr vorgegebenen Niveau so gut wie nicht neu diskutiert. Die „Trendsetter“ der New Economy, die nur plakativ dazu auffordern, Arbeit neu zu denken, geben nur vor, sie habe einmal das bevorstehende Ende der Arbeitsgesellschaft „dunkel geraunt“ (Deckstein/Felixberger 2000, 31). Statt dessen ergibt sich in der Summe der Zerstreuung durch die Vielfalt der Meinungen ein gravierender Umbau, besser Abbau des Sozialstaates als zentrale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Nicht das Ende der Arbeit, aber das der institutionalisierten Arbeitsgesellschaft (bei uns deshalb zunehmend als rheinischer Kapitalismus tituliert) erscheint am Horizont.

Es gibt vor diesem Hintergrund viel Verunsicherung. Wenn wir ehrlich sind, nicht nur unter den Adressaten der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sondern – also denen meiner Wissenschaftlichen Anstrengungen oder denen eurer Bildungsarbeit sondern auch bei den Bildungsarbeitern und in der Wissenschaft. Es käme also darauf an, diese Verunsicherung zu einer produktiven zu machen. Jedenfalls aber gilt: wenn meine Lageeinschätzung halbwegs gilt, kann man den Leuten nicht einfach mit alten Antworten kommen, Sie werden nicht lange zuhören – zumal sie selbst sich ja auch verändert haben. Hans-Jürgen Arlt (2003) hat der IG Metall unlängst vor dem Hintergrund einer ähnlichen Lageeinschätzung die Perspektive einer „nachhaltig vernetzten Gewerkschaft“ nahegelegt¹⁵ und argumentiert: „Die als nachhaltiges Netzwerk organisierte Gewerkschaft könnte demgegenüber Zeugin und Anwältin der Interessen und Erwartungen der Vielen sein. Ihre Mitwirkung in korporativen Strukturen wäre nicht mehr so leicht als Kumpanei und Kungelei diffamierbar.“ Im Einzelnen zählt er dazu folgende Merkmale einer solchen Gewerkschaft auf: (1) nicht bürokratisch und hierarchisch, sondern auf andere Entscheidungsprozesse und Lösungswege hin orientiert, (2) nicht auf die jeweils eine, richtige Lösung, also ein "entweder - oder", sondern auf eine Pluralität von Lösungen, also ein "sowohl als auch" hin orientiert, (3) nichts geht mehr ohne Beteiligung, (4) Statt

¹⁵Zum Begriff der Netzwerkgewerkschaft vgl. auch Martens 2000.

eifersüchtig, abgrenzendem Abteilungsdenken sachlich vernetzte Arbeit, etwa in Form von Projektarbeit, (5) Standpunkte als Ausgangspunkte für Orientierung und Weiterentwicklung in einem offenen prozess- und beteiligungsorientierten Umgang nutzend.

Dieser Vorschlag klammert, auf der Höhe systemischer Organisationsberatung, die harten Fragen nach der realistischen Analyse und der Gestaltbarkeit der veränderten Organisationsumwelten zwar erst einmal aus, trifft in Bezug auf die Schaffung der erforderlichen Binnenvoraussetzungen für die Gewinnung von Gestaltungsfähigkeit überhaupt aber ziemlich genau den Punkt. Trotzdem kann man auf der Suche nach neuen Orientierungen nicht einfach alle „alten Landkarten“ oder „Kompassse“ bei Seite legen. Aber man wird sie anders überprüfen müssen. Um noch einmal Hans-Jürgen Arlt zu zitieren. „In die Beratung der Zukunft muss die Infragestellung der Vergangenheit eingehen. Gut beratene Organisationen und Personen fragen sich und andere, warum sie entschieden haben, was sie entschieden haben, um sich die Möglichkeit zu eröffnen, aus freien Stücken und aus eigener Kraft rechtzeitig anders zu entscheiden und zu handeln. Indem sie sich so immer wieder in Frage stellen, versetzen sie sich in die Lage, die Voraussetzungen ihres Funktionierens in der Zukunft aufgeklärt ins Auge zu fassen. Schmerzfreier ist Bestandserhaltung für Organisationen nicht mehr zu bekommen.“

Ich teile diese Einschätzung sehr weitgehend, und ich denke sie ist für die Weiterentwicklung der Bildungsarbeit folgenreich:

- Der Kompetenzansatz bedeutet aus meiner Sicht, die Mitglieder als Laien und/oder Experten (in eigener Sache) ernst zu nehmen und sie auf dem Feld der politischen Bildung in ihrer Fähigkeit zu stärken, sich als mündige Wirtschaftsbürger auch politisch zu engagieren. Der „Beutelsbacher Konsens“ von 1976 mit seinen drei Eckpunkten (1) des Überwältigungsverbots, (2) der Aufforderung, in der politischen Bildung kontrovers erscheinen zu lassen, was in Wissenschaft und Politik kontrovers gehandelt wird, und (3) die Bildungsteilnehmer in die Lage zu versetzen, die politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren, ist dabei m. E. ein nützlicher Standpunkt als Ausgangspunkt für Weiterentwicklungen.
- Vor allem in den Regionen gilt es für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, das aktuell benötigte/nachgefragte Wissen – und die Chance zum Austausch und zur gemeinsamen Bewertung von altern und neuen Erfahrungen – anzubieten. Dass das Projekt "Beteiligungsorientierte gewerkschaftliche Betriebspolitik" der IG Metall in diesem Sinne Herausforderung und Chance

für die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit auch an den Schulen der IG Metall ist, habe ich z.B. zusammen mit Joke Frerichs zu zeigen versucht.¹⁶

- Daran anschließend hat das Konzept der Modularisierung m.E. seinen Charme. Und wenn neuere empirische Untersuchungen zu Erwartungen der Bürger an die politische Bildung (vgl. Rudolf 2002) auch für die Bildungsarbeit der IG Metall in bestimmter Weise aussagekräftig sind, dann entspricht es auch Erwartungen nach konkreten, aktuellen und kompakten Informationsangeboten.
- Es bedarf aber zugleich der internen Diskussion darüber, wo und wie das politische Orientierungswissen, über das die Organisation (noch) verfügt, oder wo und wie die Bausteine, die sie zur Entwicklung neuen politischen Orientierungswissens ihrer Aktiven noch zur Verfügung hat, angeboten werden soll.

Als generelle Linie, der das Kompetenz- und Modularisierungskonzept im Grundsatz nach meiner Auffassung gerecht wird, gilt m. E. jedenfalls mehr denn je: Es kommt darauf an, das Potential, das die Mitglieder mitbringen, heraus zu fordern und durch geeignete Angebote zu stärken und nicht zu meinen, sie mit einem gesicherten, bzw. wenigstens noch in Kernbereichen zu sichern- den Wissensfundus der Organisation versorgen zu sollen.

5. Die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit als Zukunftswerkstatt

Damit das nicht ganz so abstrakt stehen bleibt, möchte ich an dieser Stelle einen Gedanken anfügen, mit dem ich noch einmal auf die gegenwärtigen Depolitisierungsprozesse und Veränderungen von Arbeit zurückkomme. An die vermeintlich ganz "neue Arbeit" knüpft zum einen das neoliberale Freiheitsversprechen an: Jeder kann seines Glückes Schmied sein, wenn er nur von staatlicher Bevormundung befreit wird. Die neue Arbeit eröffnet ihm schöpferische Spielräume und geschieht zunehmend teilautonom. Die alten Bürokratien fallen fort, und die bürokratischen Gewerkschaften braucht der Arbeitskraftunternehmer auch nicht mehr. Die Menschen machen aber zugleich die Erfahrung, dass sie nunmehr den Zwängen des Marktes direkt ausgesetzt sind, sich deshalb „zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung“ bewegen müssen. Oder mit Hannah Arendt: *Das ist „Marx‘ grundsätzlicher Widerspruch: Arbeit schafft den Menschen – Arbeit versklavt den Menschen. Und beides wurde wahr: Die Maschinen machen soviel Zeit frei, dass alle Menschen von der Ar-*

¹⁶Vgl. dazu Frerichs/Martens 1998 und 1999.

beit befreit sein könnten, wenn nicht alles zur Arbeit geworden wäre.“ (Ahrendt 2003, S. 276)

Mit anderen Worten: die Abhängigkeit aller von der Erwerbsarbeit nimmt ständig zu, obwohl die westlichen Gesellschaften allesamt immer reicher werden, immer mehr Produkte in immer kürzerer Zeit herzustellen vermögen. Wirkliche Befreiung nach Maßgabe der durch die so zunehmend schöpferisch herstellend Arbeitenden geschaffenen Möglichkeiten müsste deshalb bedeuten, unter Nutzung der erweiterten Potentiale den Raum der Erwerbsarbeit gerade zu begrenzen – durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit, gerade so, wie John Maynard Keynes (1943) in seinen Reflexionen über „die ökonomischen Möglichkeiten unserer Enkel“ gegen Ende des zweiten Weltkrieges im Hinblick auf eine absehbare fortschreitende technologische Arbeitslosigkeit vorgeschlagen hat. Und innerhalb solcher politisch, bzw. arbeitspolitisch gezogener Grenzen wäre Arbeit dann wiederum arbeitspolitisch weiter und neu auszugestalten, wofür die IG Metall derzeit mit ihrem Konzept von „guter Arbeit“ ja eine neue Debatte zu eröffnen versucht.

Es liegt aus meiner Sicht aber auf der Hand, dass unsere heutigen Gewerkschaften noch weit davon entfernt sind, neue Politikkonzepte auf der Höhe der Zeit zu entwickeln. Ihr bisheriger Ruf nach „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ für alle wird zu Recht zugleich als der Ruf nach der Befestigung des alten Zwanges für alle und als Ruf nach willkürlicher Einschränkung der Möglichkeiten schöpferischer Betätigung – und zugleich nur so möglicher Selbstbehauptung im Reich der Notwendigkeit – seitens der modernen Wissensarbeiter, also für viele, verstanden. Unsere Gewerkschaften sind selbst so sehr Teil jener Sphäre der Notwendigkeit, jener Gesellschaft, die sich „im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft“ verwandelt hat und für die Arbeit „die einzige Tätigkeit ist, auf die sie sich noch versteht“ (Arendt 1957), dass sie diese gesellschaftliche Wirklichkeit an der Schwelle zu einer neuen Tätigkeitsgesellschaft, in der Erwerbsarbeit für alle wichtig bleibt, sich aber nicht mehr alles um Erwerbsarbeit drehen kann, augenscheinlich nur noch in einer heillos selbstverständlichen und zugleich hoch widersprüchlichen Weise fortzuschreiben versuchen können. Zumal angesichts der ideologischen Besetzung des Freiheitsbegriffs durch das neoliberale Einheitsdenken sind sie so weitgehend unfähig geworden, den Freiheitsbegriff selbst neu zu besetzen, der einmal für die sozialistische Arbeiterbewegung konstitutiv gewesen ist (Arlt 2003b).

Den Prozess der im Hinblick auf die Sphäre der Arbeit möglich gewordenen Befreiung zu organisieren, müsste meines Erachtens heutzutage mehr denn je heißen, die Arbeitenden selbst aktiv an ihm zu beteiligen, würde erfordern, im Blick auf die heutigen Gegebenheiten eine wirkliche politische Debatte über

lebbar und wünschbar. Formen der Ausgestaltung des Verhältnisses von Arbeiten und Leben in den reichen westlichen Gesellschaften neu zu beginnen - nicht zuletzt über einen den Erfordernissen der Zeit entsprechenden wirklichen Umbau des Sozialstaats an dessen Beginn allerdings eine glühende Verteidigung der Idee des Sozialstaates stehen müsste.

Kann man sich vor dem Hintergrund solcher Überlegungen heute z.B. eine regionale Bildungsarbeit zum Thema „Umbau des Sozialstaats“ vorstellen, die so offen und beteiligungsorientiert ist, wie es einmal der Erfahrungsansatz gewesen ist, in der unter Nutzung einschlägiger Instrumente, wie z.B. Zukunftswerkstätten, den wohlfeilen Expertengutachten „von oben“ abverlangt wird, sich dem Laienexpertenwissen „von unten“ zu stellen und die ihre Ergebnisse in eine regionale innergewerkschaftliche Öffentlichkeit einspeist und, ggf. zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, auch in eine allgemeinere regionale Öffentlichkeit? Halten unsere heutigen Gewerkschaften es aus, solcher Prozesse jenseits von Beschlusslagen so offen zu halten, wie dies den Konzepten Zukunftswerkstatt oder Planungszelle entspricht¹⁷, und wären sie bereit, solche Prozesse, wenigstens punktuell auch für Nichtmitglieder zu öffnen.

6. Schlussbemerkung

Ich kann meine Ausführungen nun in einigen wenigen Schlussbemerkungen zusammenfassen. Sie lauten:

- (1) Die Gewerkschaften befinden sich heute in einer tiefgreifenden Anpassungskrise an die Umbrüche nach dem Ende des Fordismus.
- (2) Sie unternehmen große Anstrengungen sich dem zu stellen, aber die richtigen Antworten zu finden, fällt sehr schwer. Sie sind daher arbeitspolitisch in der defensive.
- (3) Sie liegen zunehmend weniger in neuen vermeintlich wieder gesicherten Wahrheiten und eher in anderen Verfahren des Organisationslernens, des Umgangs mit wachsenden Unsicherheiten.
- (4) Ich bin dabei mit dem möglichen Einwand einverstanden, dass es problemverkürzend wäre, gäbe man nur diese Antwort systemischer Organisationsberater, aber eine Teilantwort ist dies ganz sicher.
- (5) Nach meiner Überzeugung ist sie in mancher Hinsicht die wichtigere Teilantwort neben der, die Richtigen Fragen in Bezug auf das Neue des postfordistischen Kapitalismus zu stellen – aber ich habe deutlich gemacht, ich selbst arbeite in beiden Richtungen.

¹⁷Vgl. Jungk/Müllert (1981) sowie Dienel (1997). Zur Diskussion dieser Beteiligungsmodelle vgl. auch Martens 2002b.

(6) All dies hat Konsequenzen für die Bildungsarbeit der IG Metall. Dabei weist das Projekt „*Kompetenzentwicklung und Modularisierung*“ m. E. in die richtige Richtung und bewegt sich auch auf der Höhe der allgemeinen Debatten über politische Bildung¹⁸. Dazu möchte ich einschränkend anmerken: ich sehe mich auf diesem Feld nicht als ausgewiesenen wissenschaftlichen Experten an.

Was mich nun vor dem Hintergrund dieser meiner Einschätzung beunruhigt – und ich denke da kann ich mich dann wieder auf Expertenwissen als Gewerkschaftssoziologe und Organisationsberater berufen - ist die Art und Weise, wie die IG Metall derzeit die Reform ihrer Bildungsarbeit diskutiert, nämlich so, dass sie sich dabei eher blockiert als sie voranzubringen.

- diskutiert wird inhaltlich im Zusammenhang mit notwendigen Weiterentwicklungen eher auf der Folie eines ‚entweder – oder‘ statt auf der eines ‚sowohl als auch‘.
- diskutiert wird im misstrauischen Blick aufeinander, die beteiligten betreiben Selbstvergewisserung in unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten und tragen ihre Kontroversen nicht offen und vorwärtstreibend aus.¹⁹
- Dabei scheinen Formen des wechselseitigen, oder wechselseitig unterstellten, strategischen Handelns die Entwicklung einer offenen vertrauensvollen Kontroverse zu verhindern.²⁰
- Vertrauen ist aber eine ganz zentrale Bedingung für jedwede Form vernetzten Arbeitens. Wie also soll die IG Metall zu so etwas wie einer nachhaltig vernetzten Gewerkschaft werden, wenn es ihr an dieser Bedingung mangelt?

Als Externer Beobachter - der ich in diesem Falle bin und als der ich euch meine Eindrücke in bezug auf die interne gewerkschaftliche Debatte ungeschminkt rückspiegeln muss, wenn meine Außensicht für diese Debatte vielleicht von Nutzen sein soll - muss ich befürchten, dass so Chancen gemeinsamen Lernens der Bildungsarbeiter in der IG Metall verbaut werden. Sie aufzugreifen wäre aber wichtig im Hinblick auf bessere Voraussetzungen dafür, dass die Bil-

¹⁸Vgl. zuletzt W. Sanders Beitrag zur „Politischen Bildung nach der Jahrtausendwende“ (Sander 2002).

¹⁹Diesen Eindruck eines „double speaking“ haben auch viele externe Beobachter/Teilnehmer eures Zukunftskongresses in Leipzig gewonnen, wie z.B. Einschätzungen belegen, die auf einer Sitzung des Forums Zukunft der OBS im Oktober 2002 ausgetauscht wurden.

²⁰Ich konnte im Januar dieses Jahres an der Sitzung eines der Arbeitskreise teilnehmen, die im Zuge des Projekts „Kompetenzentwicklung und Modularisierung“ gebildet worden sind. Ich muss sagen, ich habe selten einer ähnlichen „Pokerrunde“ beige-wohnt.

dungsarbeit der IG Metall Handlungskompetenz und Orientierungssicherheit ihrer Mitglieder erhöht – zu deren Nutzen und zum Nutzen der IG Metall selbst.

Literatur:

- Arlt, H.-J. (2003a): Nur ein neuer Vorsitzender oder eine neue IG Metall?, in Frankfurter Rundschau 08.04. 2003
- Arlt, H.-J. (2003b): Von Freiheit verstehen wir (nichts) mehr, in: Flexibel aber sicher, Revision: Arbeit und Gewerkschaft, Frankfurt S. 8 – 18
- Arendt, H. (1967): Vita Activa oder vom tätigen Leben, München
- Arendt, H. (1993): was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass Hg. von U. Ludz, München-Zürich
- Arendt, H. (2003): Denktagebuch, Hgg. Von U. Ludz u. I. Nordmann, München Zürich
- Baecker, D. (Hg.) (2002): Archäologie der Arbeit, Berlin
- Beck, U.; Bonß, W.; Lau, C. (2001): Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen und Hypothesen, in: Fricke, W. (Hg.) Jahrbuch Arbeit und Technik 2001, S. 265 – 298, Bonn
- Beck, U.; Giddens, A.; Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung – eine Kontroverse, Frankfurt am Main
- Birnbaum, N. (2003): Nach dem Fortschritt. Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus, Stuttgart München
- Deckstein, D.; Felixberger, P. (2000): Arbeit neu denken. Wie wir die Chancen der New Economy nutzen können, Frankfurt/New York
- Dörre, K., Röttger, B. (Hg.) (2003): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg
- FIAB (2001/2): Jahrbuch Arbeit-Bildung-Kultur. Schwerpunkt: Neuer Kapitalismus, nachfordistisches Produktionsmodell? Analysen, Kontroversen, arbeitspolitische Schlussfolgerungen, Recklinghausen
- Forum Zukunft (2003): Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft, Berlin
- Frerichs, J.; Martens, H. (1999): Betriebsräte und Beteiligung. Ergebnisse einer Evaluation des Teilprojekts „Beteiligungsorientierte gewerkschaftliche Betriebspolitik“ im OE-Prozess der IG Metall, Dortmund/Köln
- Glawe, H.; Martens, H.; Peter, G.; Scholz, D.; Wolf, F.O. (2003): Spandauer Fragen. Zur Politik der Arbeit in einer neuen Zeit, veröffentlicht in: Scholz u.a. 2004 a.a.O.
- Hassel, A. (2003): Die Lage der deutschen Gewerkschaften, in GMH 5 /2003
- Hutton, W.; Giddens, A. (2001): Die Zukunft des globalen Kapitalismus, Frankfurt/New York
- IG Metall (2002): Kompetenzentwicklung und Modularisierung. Vorschlag für eine zukünftige Konzeption und Struktur gewerkschaftlicher Bildungsarbeit in der IG Metall, in: Bildungstagung Sprockhövel, 6. bis 8. Juni 2002, Dokumentation, S. 24 – 45
- Lukács, G. (1973): Ontologie – Arbeit, Neuwied - Darmstadt
- Martens, H. (1999): Auslaufmodell oder Reformkonzept für die moderne Teilhabegesellschaft? Eine kritische Würdigung der Ergebnisse der Mitbestimmungskommission von Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann Stiftung, in Soziale Welt, 1/1999, S. 67-86
- Martens, H. (2000): Die Netzwerkgewerkschaft – eine Zukunftsoption ? , in GMH 5/2000, S. 306 – 315
- Martens, H. (2002a): Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu. Zehn Thesen zu Bilanz und Perspektiven der Mitbestimmung, in: ders. Die Zu-

- kunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu, Bilanz und Perspektiven der Mitbestimmung im Lichte von Grundlagen- und Auftragsforschung, Beratung und Forschungstransfer in den 1990en, Münster- Hamburg – London, S. 18 – 52
- Martens, H. (2002b): Macht und Herrschaft in Betriebsratsgremien - ein Thema für die Diskussion von Organisation und Selbstverständnis von Betriebsratsarbeit, in: ders. Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu, a.a.O. ; S. 132 – 156
- Martens, H. (2002c): Demokratisierung der Demokratie oder Akzeptanzbeschaffung für technokratische Planungen? Zum Stellenwert von Beteiligung in Prozessen der Technikfolgenabschätzung und –bewertung, in: ders. Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu,, a.a.O. S, 85 - 104
- Martens, H. (2003): Primäre Arbeitspolitik und Interessenvertretung in der New Economy, Dortmund (Forschungsbericht)
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2001): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New-York
- Peter, G. (2002): Forum Neue Politik der Arbeit, Einführung. Vortrag für die Tagung: „Arbeit in der neuen Zeit – Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Spandau 29./30.11. 2003, veröffentlicht in Scholz u.a. 2004 a.a.O., siehe auch www.forum-neue-politik-der-arbeit.de
- Rudolf, K. (2002): Politische Bildung: (k)ein Thema für die Bevölkerung? Was wollen die Bürger?. Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/2002, 45 – 53
- Sander, W. (2002): Politische Bildung nach der Jahrtausendwende. Perspektiven und Modernisierungsaufgaben, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/2002, 36 – 44
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2004): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster
- Sontag, S. (1996): „Ich glaube nicht, dass Godot gekommen ist“ Interview mit S. Sontag in: Frankfurter Rundschau, 13.01. 1996
- Wolf, F.O. (2003): Die Arbeit und ihre Beobachter. Anmerkungen zu: Dirk Baecker (Hg.): Archäologie der Arbeit, Berlin, erscheint in ARBEIT, 3/2003